



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

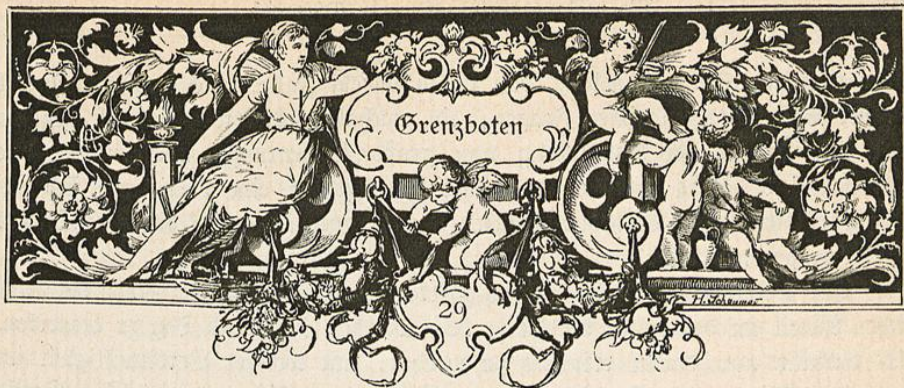
**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die parlamentarische Lage in Österreich

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die parlamentarische Sage in Österreich



er von den liberalen deutschen Zeitungen Österreichs seit langem angekündigte Umschwung in der Stellung der Regierung zu den Parteien hat sich nun wirklich vollzogen, allerdings in wesentlich anderer Art, als von jenen geweissagt wurde. Weder ist der Ministerpräsident Graf Taaffe gestürzt worden, noch hat er sich mit den Führern der Opposition umgeben; beide sind einander entgegengekommen und haben versprochen, sich zu vertragen, ruhen zu lassen, was sie trennt, gemeinsam zu arbeiten. Politiker, die an dem Glaubenssatz festhalten, daß die Staatsgeschäfte nur dann gut besorgt werden können, wenn in der Volksvertretung eine geschlossene Mehrheit besteht und aus ihrer Mitte ein Ministerium gebildet wird, werden durch den neuen Zustand nicht befriedigt sein. Aber dreißig Jahre praktischer Politik — ein wahrer dreißigjähriger Krieg — scheinen endlich wenigstens die Deutsch-Österreicher zu der Einsicht gebracht zu haben, daß das parlamentarische Regiment Englands nicht schablonenmäßig auf ein Reich mit durchaus andern Verhältnissen übertragen werden kann. Sagen wir: vorläufig nicht. Denn der Realpolitiker weiß ja, daß große Ereignisse oder langsame, unmerkliche Wandlungen ganz neue Lagen schaffen können, daß morgen ausführbar sein kann, was heute noch unmöglich scheint. Genug, vor der Hand erklärt sich, soweit wir es zu übersehen vermögen, die deutschgesinnte Presse einverstanden mit dem Sage, den sie bis vor kurzem aufs heftigste bekämpfte, nämlich daß sich eine große Partei nichts dadurch vergeblich, wenn sie eine Regierung unterstützt, in der sie nicht vertreten ist, daß es für sie noch etwas andres geben könne, als entweder Regierungspartei oder Opposition zu sein. Das ist ein Gewinn, nicht allein für Österreich. Wir sind keine Bewunderer der bisherigen Opposition im Reichsrat, stehen

aber nicht an, hervorzuheben, daß sie in diesem Falle, wie bereits mehrfach in der Behandlung sozialer Fragen, ein nachahmenswertes Beispiel gegeben hat. Weiter ist der Umschwung von großer Bedeutung, insofern nun das mit Recht so häufig kritische Verhältnis beseitigt ist: eine Regierung sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützend, die der auswärtigen Politik des Reiches feindselig gegenüberstand.

Das Bedürfnis nach Ruhe und Frieden, das unverkennbar einen beträchtlichen Anteil an der neuen Wendung hat, war seit Jahr und Tag zu bemerken. Es braucht nur daran erinnert zu werden, mit welcher Bereitwilligkeit im vorletzten Winter die Deutschböhmen auf den angeblich von höchster Stelle aus angeregten Gedanken eingingen, in freien Konferenzen eine Verständigung zwischen den beiden Volksstämmen in Böhmen zu suchen. Die böhmische Frage ist oft treffend die österreichische Frage genannt worden; gelänge es, die Bewohner dieser wichtigen Provinz wieder dahin zu bringen, daß sie friedlich wenn nicht mit, doch neben einander leben zu können glaubten, so dürfte mit größerer Ruhe der Zukunft entgegengesehen werden. Und diese Wahrheit wird es gewesen sein, was die Vertreter der Deutschen bewogen hat, ernstern Opfern zuzustimmen. Dazu gehörte, daß das Übergewicht des großen Grundbesitzes noch verstärkt werden sollte, wofür ein Mitglied dieser Klasse, ein „Tscheche“ mit dem Namen Schwarzenberg, seinen Dank soeben in überraschender oder vielleicht auch nicht überraschender Weise abgestattet hat. Die „Ausgleichsverhandlungen“ hatten nicht den gewünschten Erfolg, die von den Konferenzen ausgeschlossenen Jungtschechen, bewährte Demagogen, hetzten das „verratene Volk“ gegen die Altttschechen auf, diese versuchten durch Drehen und Deuteln an dem gegebenen Worte die verlorene Popularität wiederzugewinnen, erreichten jedoch so wenig ihren Zweck, daß sie bei den Wahlen in diesem Frühjahr „weggefegt“ wurden (diesem Ausdrucke begegnen wir immer wieder). Das Ministerium, das an die Wähler Berufung eingelegt hatte, um Klarheit über deren Stimmung zu erhalten, sah sich einem völlig neuen Bilde gegenüber. Durch das Verschwinden der altttschechischen Partei und deren Ersatz durch die Jungen war die Wiederherstellung der slawisch-kerikalen Regierungsmehrheit ausgeschlossen; denn diese Jungen, die sich anfangs nur durch ihren Liberalismus von den Alten unterscheiden wollten und Miene machten, mit den deutschen Liberalen zusammenzuwirken, waren längst zu Vertretern der Großmannsucht und des hussitischen blinden Nationalhasses geworden, sodaß gar keine Regierung daran denken konnte, mit ihnen in Verbindung zu treten. Die beiden größten Parteien im jetzigen Abgeordnetenhaus sind die „Vereinigte Linke,“ die in den Lebensfragen des Staates auf die Unterstützung kleinerer Gruppen zählen darf, und die Polen, die als Slawen und strenge Katholiken ebenfalls Berührungen mit andern Fraktionen haben; für sich allein hat aber keine Partei die Mehrheit im Hause. Bald verlautete, daß Graf

Taaffe Besprechungen mit den Parteihäuptern halte, und um die noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen nicht zu stören, verzichtete man auf die Beantwortung der Thronrede durch eine Adresse. An die Stelle der Adressdebatte, auf die bekanntlich der echte und gerechte Parlamentarier den höchsten Wert legt, ist nun die Generaldebatte über den „Staatsvoranschlag“ gerückt. Mittlerweile hatte sich die Lage geklärt, der Finanzminister Dunajewski, wie allseits anerkannt wird, ein tüchtiger Fachmann und unermüdlicher Arbeiter, aber seiner Schroffheit wegen bei seinen eignen Landsleuten nicht beliebt und von den Deutschen, wie es scheint, am bittersten gehaßt wegen seines Wortes, daß in Österreich ohne sie regiert werden könne, war gegangen, und die ersten Tage jener Generaldebatte, der 16. und 17. Juni, brachten die förmlichen Erklärungen, daß Ministerium, deutsche Linke und Polen sich geeinigt hätten, wenn auch Graf Taaffe durch die Äußerung, er sei durch das Entgegenkommen der ersten Redner dieser beiden Parteien nicht überrascht worden, sein Zuthun in Abrede zu stellen schien. Andre waren sichtlich überrascht, der nun verwaiste Rest der einstigen Rechten und die Jungtschechen. Ob die deutsche Parteipresse ins Geheimnis gezogen worden war oder nicht, läßt ihre Haltung nicht erkennen; im erstern Falle hätte sie es mit ungewohnter Strenge gewahrt, im andern ohne Murren eingeschwenkt, unter allen Umständen also eine Disziplin bewahrt, über die sie bei andern Parteien Spott oder Entrüstung auszuschütten pflegt. Das Hemd ist eben näher als der Rock, man kann für die antike Charakterfestigkeit der „Freisinnigen“ schwärmen und ein entsprechendes Verhalten im eignen Lande doch unangenehm finden.

Einen „Waffenstillstand“ hatte der Minister den Parteien vorgeschlagen, damit Reformen in der Steuerpolitik und andre dringende Arbeiten auf dem Gebiete der Volkswirtschaft im weitesten Sinne ungestört verrichtet werden könnten. Daß die jetzigen Vertreter der tschechischen Böhmen auf das Gezänk, auf das Dreschen des leeren Strohs „nationaler Beschwerden“ nicht verzichten können, versteht sich von selbst, ihre Wähler würden ihnen sofort vorwerfen, sie wären nicht besser als die vielgelästerten Altttschechen. Auch die Slowenen wollen nichts von Waffenruhe wissen. Ihre Klagen über Unterdrückung finden ja immer noch hie und da Glauben, wie wir vor einiger Zeit in den Grenzboten bemerkt haben. Solchen Wohlwollenden wäre das Lesen der diesmaligen Reden slowenischer Abgeordneten zu empfehlen, damit sie erkennen, daß diese interessanten Südslawen, die in Krain das Heft in Händen halten, auch in deutschen Ländern, wie Kärnten und Steiermark, die Rolle der Tschechen in Böhmen spielen möchten. Große Verstimmung gegen die Regierung und gegen die fahnenflüchtigen Polen verraten die Reden der böhmischen Feudalen, und namentlich ein Prinz Schwarzenberg, wohl derselbe, der sich vor längerer Zeit durch junkerhafte Herausforderung der Deutschen im Landtage Böhmens unangenehm bemerkbar gemacht hat, teilt nach allen Seiten

schlechte Prophezeiungen und Drohungen aus. Er fordert die Befriedigung der nationalen Ansprüche der Tschechen, versteht hierunter jedoch etwas ganz anderes als andre Redner mit ebenso tschechischen Namen wie Schwarzenberg (Greger, Herold, Engel u. s. w.); ihm scheint ein Königreich Böhmen mit altständischer Verfassung vorzuschweben, das „konstitutionelle Prinzip,“ meint er, habe in Österreich noch nicht die Probe bestanden. Wenn wir endlich noch die Partei, die sich abwechselnd Sozialreformer und Antisemiten nennt, erwähnen, so glauben wir alle Fraktionen, die sich gegen die neue Wendung ablehnend verhalten, berücksichtigt zu haben. Als ihr Wortführer trat der Prinz Liechtenstein auf, der einmal die Wiederherstellung der konfessionellen Volksschule beantragt und sich dadurch den ausdauernden Haß aller Philosemiten zugezogen hat. Seine Widersacher erhoben sich denn auch nicht über das bescheidne Niveau derjenigen Zeitungsschreiber, die bei der Beurteilung politischer Parteien und politischer Personen vor allem deren Stellung zur Judenfrage in Betracht ziehen. Was der Prinz vorbrachte, daß die Börse aus einem Markt eine Spielhölle geworden ist, daß das einst durch eine vorzügliche Organisation geschützte Handwerk sich rettungslos dem Zwischenhandel und der Großindustrie überantwortet sieht, daß der Bauer zu Grunde geht, alle Arbeit von der Spekulation ausgebeutet wird, ist allerdings nicht neu, aber wenn man darauf nichts Besseres zu entgegnen weiß, als daß er die soziale Frage durch Beseitigung der Konfessionäre und Wiederherstellung der Zünfte lösen wolle oder daß früher auch Adliche die Arbeitenden ausgebeutet hätten, so verrät das wenigstens einen bedenklichen Grad von Rücksicht auf eine Bundesgenossenschaft, durch die überall immer weitere Kreise den liberalen Parteien entfremdet werden. Viel glücklicher waren die Reden, die jungtschechische Angriffe abschlugen, ausmalten, wie es den Demokraten unter der von ihnen angeblich so heiß ersehnten alten böhmischen Verfassung ergehen würde; und der feudal-klerikal-nationale Enkel oder Seitenverwandte des Mannes, der die Ehre gehabt hat, die deutschen Heere gegen den ersten Napoleon zu führen, wurde von dem steirischen Grafen Wurmbbrandt und dem bekannten konservativ und strengkatholisch gesinnten Lienbacher vollständig abgeführt. Überhaupt bekommt man den Eindruck, daß das Tschechentum am schlechtesten weggekommen sei. Nicht nur lagen sich Aristokraten und Demokraten gegenseitig in den Haaren, ein Abgeordneter, dessen Name einige Verwandtschaft mit „Gewäsche“ hat, plauderte gelegentlich den Herzenswunsch, die Segnungen der russischen Freiheit zu genießen, so unbesonnen aus, daß seine Freunde, die soeben noch den sonstigen Stolz ihrer Nation, die schimpfenden und prügelnden Prager Studenten, ziemlich unverblümt als unnütze Buben preisgegeben hatten, auch jenes enfant terrible abzuschütteln trachten.

Die Aufgabe, den Operationsplan der deutsch-liberalen Partei zu entwickeln, fiel ihrem anerkannten Führer von Plener zu, und er entledigte sich

ihrer mit entschiedenem Geschick. Gegen den Vorwurf des Gesinnungswechsels verwahrte er seine Partei durch die Behauptung, daß nicht sie, sondern die Verhältnisse sich soweit geändert hätten, daß sie der Partei eine andre Haltung ermöglichen. Allein harte Erfahrungen bestimmten sie, sich nach keiner Seite hin zu binden, sich die Freiheit des Entschlusses bei jeder vorkommenden Frage vorzubehalten, und zwar ebenso mit Beziehung auf deren sachlichen Inhalt, als auf die politische Lage des Augenblicks. Die Linke und die Polen hätten so viele Berührungspunkte, stellten sich vor allem mit solcher Entschiedenheit auf den Boden des Staates, dessen Wohl und Wehe über den Sonderinteressen stehen müsse, daß beide mit einander eine Mehrheit bilden könnten, wie das auch schon früher geschehen sei; eben der Begriff einer Staatspartei unterscheidet sie von andern, vor allem der tschechischen, die die staatsrechtlichen Verhältnisse der Monarchie nur mit Vorbehalt anerkennt und der auswärtigen Politik eine der jetzigen entgegengesetzte Richtung geben möchte. Den umständlichen Auseinandersetzungen, wie sich die Partei zu einzelnen Fragen stelle, brauchen wir hier nicht zu folgen. Die Seltsamkeit des Verhältnisses zwischen den drei Faktoren, die alle nachdrücklich die „freie Hand“ betonen und Vorsicht als Kardinaltugend preisen, kann niemand entgehen; ob die Deutschen diesmal an den Polen zuverlässigere Freunde finden werden, als bisher, muß abgewartet werden. Schon jetzt erheben zwei Elemente, die in der Geschichte des polnischen Reiches eine so verhängnisvolle Rolle gespielt haben, Ultramontanismus und Disziplinlosigkeit, Einspruch gegen die opportunistische Haltung der Führer. Auf deren Energie und politischen Takt wird es wesentlich ankommen, ob die nun der Regierung zur Seite stehenden Parteien einander mehr leisten sollen, als „persönliche Komplimente und Erklärungen politischer Sympathie,“ wie der Abgeordnete Plener sagte.

Von großer Bedeutung sind immerhin, zumal in dem Augenblicke der Erneuerung des Dreibundes, das rückhaltlose Eintreten der Deutsch-Österreicher nicht nur, sondern auch der Galizier für dieses Bündnis, die Abwendung des Ministeriums von den Parteien, die Österreich dem reinen Föderalismus und der Slawenherrschaft zuführen möchte, die nur noch von winzigen Fraktionen verweigerte Anerkennung des Deutschen als Staatssprache im Heer und in der Verwaltung. Nicht allein jeder Deutsche, nein, jeder Europäer, der diesen Weltteil vor neuen Erschütterungen gewahrt, ihn weder republikanisch noch tschechisch wissen möchte, muß der österreichisch-ungarischen Monarchie wünschen, daß der in deren westlicher Hälfte eingeschlagene Weg mit Ruhe, Besonnenheit und — Beharrlichkeit verfolgt werde.

